



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Preisausichten den Anreiz erhält, die mit Hilfe ihrer großen Organisationen beschafften, immer noch billigeren Futtermittel in hochwertige menschliche Nahrung umzuwandeln.

Von einer Kritik des augenblicklichen Ernährungsplanes, soweit er von seiten der Ernährungsminister aufgestellt ist, soll abgesehen werden, nur bedarf es zum Schluß des Hinweises, daß wir schon einmal eine unglückliche Erfahrung mit der willkürlichen Durchbrechung der Zwangswirtschaft gemacht haben, als man den Hafer freigab und dann die durch Druschverbot und andere Regierungsmaßnahmen immer höher gesteigerten Haferpreise einen Teil der Landwirte veranlaßten, den Hafer zu verkaufen und das in der Zwangsbewirtschaftung zurückgebliebene Brotgetreide zu verfüttern. Nur bei Aufrechterhaltung wirklich lohnender Getreidepreise wird es in Zukunft möglich sein, nach Aufgabe der Fleischbewirtschaftung die Einschränkung der Getreideanbaufläche zu gunsten eines übertriebenen Anbaues von Kartoffeln und Futtermitteln zu verhindern. Dem Reichsernährungsminister wird von seiten der Landwirtschaft bis jetzt großes Vertrauen entgegengebracht und die führenden deutschen Landwirte haben heute im Reichswirtschaftsrat die Möglichkeit, eine sachliche Behandlung ihrer Forderungen in enger Fühlungnahme mit den übrigen Wirtschaftskreisen zu erreichen, so daß zu hoffen ist, daß die offizielle deutsche Ernährungswirtschaft in Zukunft nicht wieder in die beliebte Konsumentenpolitik zurückfällt, die sich ihre Maßnahmen von Drohungen und Augenblicksforderungen einzelner Gruppen diktieren ließ.



Reichs Spiegel

Der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands. Am 23. Juli 1920 hat auf Grund einer Anregung, die die Schriftleitung der „Grenzboten“ in Verbindung mit dem Herausgeber der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung“, dem Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und dem Berliner Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ gab, eine Aussprache zwischen den wirtschaftlichen Sachverständigen und Vertretern der öffentlichen Meinung stattgefunden. Die Ausführungen des Herrn Hugo Stinnes waren derartig bedeutsam, daß es, wie bereits in Heft 30 angekündigt, nötig ist, sie im Zusammenhange wiederzugeben, da die Tagespresse naturgemäß nur Bruchstücke geben konnte.

Herr Hugo Stinnes führte aus:

Die letzten Kohlenlieferungen an die Entente in den Monaten Mai-Juni beliefen sich auf etwa 44 000 Tonnen täglich. Die Förderung war im vorigen Jahre, als sich die Kohlennot mit ganzer Schärfe fühlbar machte, im Ruhrrevier allmählich durch den Zuzug von Bergleuten von 218 000 Tonnen auf 245 000 Tonnen gestiegen und wurde dann durch das Überschichtabkommen im Februar auf 285 000 Tonnen täglich gesteigert. Es gab auch kleine Rückschläge, so z. B. im März. Das Abkommen von Spa kostet uns täglich 80 000 Tonnen, so daß dasjenige, was Deutschland für seinen eigenen Bedarf bleibt, etwa 205 000 Tonnen beträgt, also rund 13 000 Tonnen niedriger ist als dasjenige, was uns im vorigen Jahre zur Verfügung stand. Damals, als wir 213 000 Tonnen verteilen konnten, hatten wir schon infolge des Kohlenmangels einschließlich der noch nicht Demobilisierten zwei Millionen Arbeitslose und wenn wir jetzt noch über 10 000 Tonnen weniger verbrauchen können, so muß die Zahl der Arbeitslosen entsprechend steigen.

Dabei ist zu bedenken, daß wir im vorigen Jahre auch noch gewisse Warenreserven hatten, fast keine Kohlen für die Seeschifffahrt brauchten; heute aber braucht letztere ebenso wie die Textilindustrie dringend Kohlen, um allmählich wieder in Betrieb zu kommen. Der Bedarf ist also gestiegen, das Angebot vermindert. Wenn ich annehme, daß eine Tonne Kohlen im neutralen Ausland etwa 1200 *M* Wert hat, und die aus ihr produzierte Ware durchschnittlich das Zweieinhalbfache, wenn ich also annehme, daß durch den Ausfall von 900 000 Tonnen Kohlen ein Warenausfall von $3000 M \times 900\,000$ entsteht, so bedeutet das für uns einen monatlichen Warenausfall von 2,7 Milliarden, also ungefähr die Hälfte unserer gegenwärtigen Ausfuhr, die sich, nachdem das Kohlenabkommen getroffen war, dank der Mehrförderung seit Februar bis Mai d. J. auf 4,5 bis 5,5 Milliarden monatlich gestellt hat. Das, was übrig bleibt, wird nicht im entferntesten ausreichen, um die fehlenden Lebensmittel, Rohstoffe und sonstigen Unentbehrlichkeiten zu decken. Unserer Industrie werden, da von der Inlandsförderung von rund 10 bis 10,5 Millionen Tonnen für gewisse Exporte, für Gasanstalten, Eisenbahnen, Elektrizitätswerke usw. über die Hälfte abgeht, nur etwa 4,9 Millionen Tonnen zur Verfügung stehen, vielleicht auch nur 3,9 Millionen Tonnen. Im vorigen Winter ist, nach den Ziffern von 1913 zu rechnen, infolge von Verkehrsstörungen die Belieferung und Versorgung der deutschen Industrie mit Kohlen auf 54 Prozent zurückgegangen. Dieser Rückgang wurde damals schon als eine Katastrophe sondergleichen empfunden, und diese Erwägungen haben die Sachverständigen in Spa auch veranlaßt, nicht immer wieder Nachgiebigkeit zu zeigen, sondern bis zuletzt hinsichtlich der Unterzeichnung des Lieferungsvertrages die deutschen Interessen zu wahren.

Es darf nicht übersehen werden, daß auch die Versorgung Frankreichs und Italiens mit Kohle sehr ernst, ja geradezu unhaltbar schlecht ist. Aber man muß den großen Unterschied feststellen, daß bei uns die Mehrproduktion dazu dient, die Kohlenförderung nicht bloß im Gang zu halten, sondern vor allen Dingen auch weiter zu entwickeln, damit diese Zustände eine Verbesserung in Deutschland und somit auch in Europa erfahren können. England hatte einen Ausfall an Export von Kohlen von etwa 70 Millionen Tonnen. Dieser Ausfall beträgt sogar neuerdings 120 Millionen Tonnen. In Amerika herrscht ebenfalls eine so große Kohlennot, daß in absehbarer Zeit mit einem Kohlenausfuhrverbot zu rechnen ist. Von Amerika kann Europa daher keine Hilfe erwarten. Amerika befindet sich heute in einem Zustande größter Kohlen- und Transportkalamität, und die Verhältnisse auf dem amerikanischen Kohlenmarkt sind katastrophal geworden. Man braucht nur die Preise für amerikanische Ausfuhrkohle zu betrachten, die auf 20 Dollar pro Tonne gestiegen sind gegen 7 bis 8 Dollar vor etwa 3 bis 4 Monaten.

Nun hat es schließlich keinen Zweck, bei all diesen Fragen nach der Schuld zu suchen. Das Kohlenabkommen ist geschlossen worden, und man wird sich vor allem vor Augen halten müssen, was in der Kohlenfrage geschehen kann und soll, um aus dieser Situation nach Möglichkeit anständig herauszukommen. Ich habe bis zuletzt den Standpunkt vertreten, daß man nicht Zusagen machen sollte, die man nicht halten kann. Es ist meines Erachtens kaum möglich, daß wir die Kohlenlieferungen in der verlangten Form durchführen können, und ich glaube, daß im November dieses Jahres unter weit schwierigeren Winterverhältnissen, die die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen erschweren, die Frage der Kohlenlieferung und die des Einrückens ins Ruhrrevier akut werden wird. Für die deutsche Volkswirtschaft ist das Kohlenabkommen unerträglich; die deutsche Kohlenindustrie ist dabei erst in letzter Linie leidtragend. Es ist in Ententekreisen gesagt worden, daß bei einer Besetzung des Ruhrreviers noch mehr als zwei Millionen Tonnen Kohle für die Entente freigemacht werden könnten. Das dürfte allerdings transporttechnisch unmöglich sein. Es ist schon in Spa bezweifelt worden, daß zwei Millionen Tonnen überhaupt an die Entente abgeliefert werden könnten, daß aber gar eine andere Ziffer in Frage käme, ist gänzlich ausgeschlossen. Viele Sachverständige, auch Sachverständige des Kohlen syndikats, sind derselben Meinung.

Es gibt nur ein Mittel zur Verbesserung unserer Situation und das liegt in

einer regelmäßigen Überwachungsarbeit und vor allen Dingen in der Steigerung der Förderung und Erleichterung des Abtransports durch Verteilung der Überschichten auf die einzelnen Tage; nicht minder aber auch in der Vermehrung der Bergarbeiter, d. h. in der umfassenden Erstellung von neuen Wohnungen. Ich hatte schon im vorigen Jahre vorgeschlagen, mit allen Kräften an die Siedelung in den Bergbaubezirken für Steinkohle und Braunkohle heranzugehen. Im ganzen vorigen Jahre ist nichts geschehen. Dann ist schließlich das Siedelungsgesetz herausgekommen. Es sind auch Aufschläge auf die Kohlenpreise genommen worden, und zwar entsprechend der Preissteigerung aller anderen Waren. Trotz aller Warnungen hat man aber die Aufschläge nur gering bemessen. Auf dem Gebiete des Siedelungswesens muß das bisher Versäumte schnellstens gutgemacht werden. Man darf wohl annehmen, daß jetzt, wo es uns ans Leben geht, die vorhandenen Baustoffe aller Art in wirkliche Bauten umgesetzt werden. An Stelle der geplanten 30 000 bis 40 000 Wohnungen für Bergarbeiter werden allerdings infolge dieser Versäumnis, in Verbindung mit dem Mangel an Baumaterial, zunächst kaum 3000 bis 4000 Wohnungen fertig werden. Hier muß also der Hebel angefaßt werden.

In der Lebensmittelversorgung der Bergarbeiter sind große Fehler gemacht worden. Vor allen Dingen muß durch reichliche Nahrung die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen gehoben werden. Der Bergmann lebt unter Tag meist nur von Brot und Fett. Hat er dies nicht, so kann er nicht arbeiten. Auf diese Eigenart muß man Rücksicht nehmen. Das ist aber lange nicht genügend geschehen. Im Gegenteil hat man den Bergleuten ein Brot gegeben, das als Schweinefutter hätte dienen können. Unter solchen Umständen wird man begreifen können, weshalb das Mißtrauen der Bergleute so groß ist. Man kann es den Bergarbeitern wahrhaftig nicht verdenken, daß sie jede Überarbeit von einer besseren Ernährung abhängig machen. Eine wirkliche Abhilfe verspreche ich mir noch durch die Siedelung, die in einem Ausmaß vorgenommen werden muß, daß 10 bis 12 Millionen Tonnen mehr gefördert werden. Neben der Siedelungsfrage müssen wir uns auch intensiv mit dem Versuch befassen, die Steinkohlenwirtschaft zu entlasten, und Betriebe, in denen dies technisch möglich ist, auf Braunkohlenheizung umzustellen.

Was die Belieferungsquote betrifft, so verlangt ein wirtschaftlich arbeitender Industriebetrieb 100 Prozent Belieferung. Wird weniger geliefert, so verringern sich die Einnahmen weit stärker als die Ausgaben, und es entsteht im steigenden Maße eine Leerlaufarbeit, die jede wirtschaftliche Betriebsführung unmöglich macht. Man bedenke, 50 Prozent Kohlen bedeuten nicht 50 Prozent Produktion, sondern weit weniger. Wir brauchen in Deutschland vor allem genügend Kohle, um im Interesse Europas die Kohlenförderung zu heben. Eine Mehrlieferung von einer Million an die Entente würde zwei Millionen mehr für uns erfordern, und eine solche Mehrförderung setzt den Neubau von Wohnungen im jetzigen Wert von 6 Milliarden Mark voraus, eine ungeheure Aufgabe also, die sich mit dem Wiederaufbau Frankreichs überschneidet.

Das Ziel, das erreicht werden muß, ist die Versorgung der Industrie mit 100 Prozent. Ich glaube, daß dieses Ziel im wesentlichen erreicht werden würde, wenn neben der Mehrleistung an die Entente noch zwei Millionen Tonnen monatlich für die Industrie zur Verfügung stehen würden. Es ergibt sich etwa die Zahl: eine Monatstonne mehr gleich einem Arbeitslosen weniger.

Was die Braunkohle anbetrifft, deren Heizwert zu dem der Steinkohle sich wie 1 : 4 verhält, so läßt sich die Braunkohlenförderung viel schneller steigern als die Steinkohlenförderung. Aber auch im Braunkohlenbergbau erfordert die Entdeckung eines Tagebaues mindestens zwei bis drei Jahre, also eine Frist, die uns gegenwärtig nicht zur Verfügung steht. Das Braunkohlenbrikett ist heute schon vielfach ein Ersatzmittel für die Steinkohle. Man wird unbedingt dazu übergehen müssen, zu untersuchen, ob und wie sich die wirtschaftliche Auswertung dieser Kohle schnellstens verbessern läßt. Man wird diejenigen Betriebe, die sich praktisch umstellen lassen, zweifellos umstellen müssen. Den umgebauten Betrieben muß die Sicherheit gegeben werden, daß auch in verkehrsstarken Zeiten die Rohbraunkohlen-

transporte nicht gesperrt werden. Auch ist es unbedingt erforderlich, daß die Elektrizität und Gaswirtschaft Deutschlands nach wirtschaftlichen, technischen und verkehrspolitischen Gesichtspunkten in zweckentsprechender Weise geregelt werden. Ich bin im übrigen damit einverstanden, daß auch der Verschiebung von Kohlen nachgegangen wird, kann aber heute schon sagen, daß jedenfalls im Ruhrgebiet eine irgendwie in Betracht kommende Verschiebung nicht stattfindet. Das gilt sowohl für Braunkohle wie auch für Steinkohle. Schließlich möchte ich nochmals betonen, daß Kohle und Arbeitskraft Werte sind, die allein es Deutschland ermöglichen dürften, sich wieder zu erholen.



Offenherzigkeiten

Toujours fidèle et sans souci

Es mahnen die Nachbarn rechts und links,
Uns zu entscheiden schlechterdings.

Für Deutschland sei die Frage die:
Angtangt oder Sowjet? Wählen Sie!

Voll Eifer bemü'n sich auswärtige Herren,
Das Reich hopp'hopp in den Abgrund zu zerren.

Doch streng auf Neutralität besteht
Die Regierung, weshalb sie in Ferien geht.

Das Wetter ist herrlich, Fett gibt's in Massen —
Was soll sie die Köpfe da hängen lassen?

Sie läßt wie weiland Nürnberg, die Stadt,
Nie etwas hängen, das sie nicht hat.

Derweilen wirkt erfolgreich, und ob,
Für Moskau weiter Wigdor Kopp.

Sein Wirken wird uns fatal, doch nu jradel!
Die deutsche Regierung sitzt fröhlich im Bade.

Kopp reißt ganz sorgenlos umher,
Denn erstens fangen sie ihn schwer,

Und zweitens, wenn sie ihn schon fassen,
Sie werden den Kopp nicht hängen lassen.

Pandur